

Grundpreise aller anderen Beteiligten sollen um die vereinbarten Prozentsätze über dem Preis des Auftragsberechtigten liegen, mindestens jedoch um 7,5 Prozent.“

Eine andere Vorschrift sorgt dafür, daß die Konzerne, die bei dem Auftrag leer ausgehen, für die Mühe entschädigt werden, die sie mit dem Ausarbeiten und Vorlegen eines detaillierten, glaubwürdigen Scheinangebots hatten. Zwei Prozent der Auftragssumme muß der Gewinner an seine Kartellbrüder abführen.

Das Sekretariat rechnet dann die internen Ausgleichszahlungen ab. Nach welchem bürokratischem Protokoll dieser Finanzausgleich stattfindet, hat vor gut zwei Jahren der damalige Generalsekretär der IEA erläutert:

Einmal im Jahr werden die notwendigen Rechnungen durchgeführt und die Mitglieder über die Beträge informiert, mit denen sie im Credit oder Debet stehen. Dann werden Vorkehrungen getroffen, damit die verschiedenen Firmen der einzelnen Länder nach Möglichkeit zu einem Ausgleich untereinander kommen — um die Zahlungen über die Association so klein wie möglich zu halten. Dennoch bleibt es unvermeidbar, daß eine Reihe von Firmen der Association Zahlungen an andere Unternehmen leistet... Die Mitgliedsfirmen, die Zahlungen erwarten, werden gebeten, der Association ihre Bankverbindung zu nennen. Es ist nicht ungewöhnlich, daß dies besondere Konten sind (in manchen Fällen können sie sogar in anderen Ländern geführt werden).

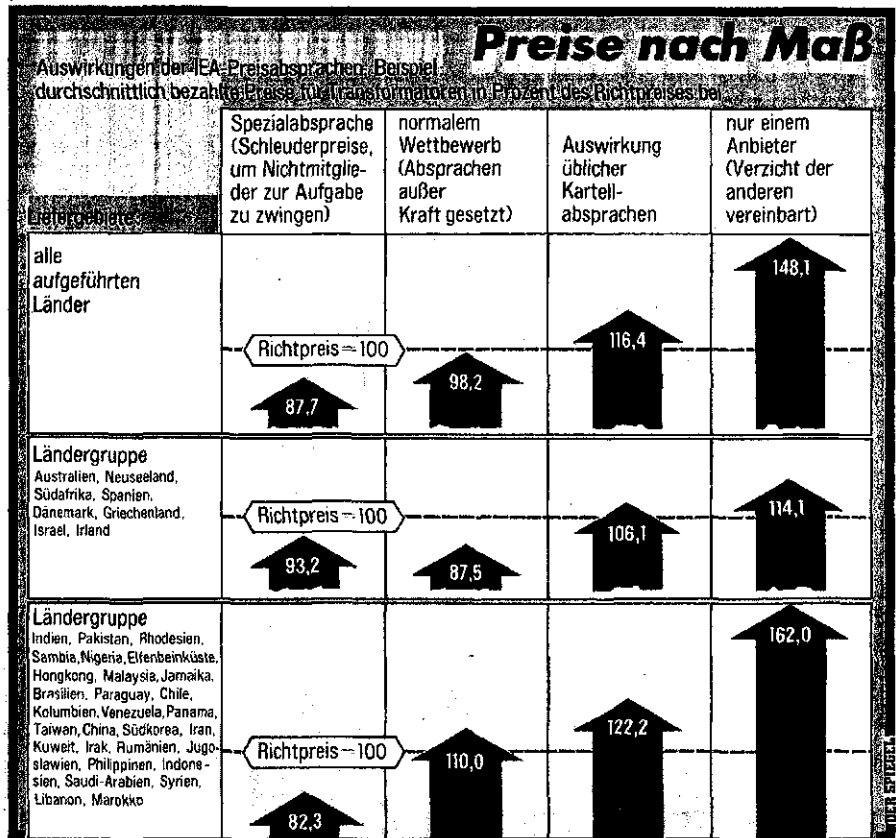
Auch in diesen Geldangelegenheiten achteten die Japaner auf sorgsame Tarnung: Sie baten darum, ihre Konten in Europa führen zu dürfen.

Insgesamt, schätzten Epstein und Newfarmer, liefen über die Kartellzentrale jährliche Ausgleichszahlungen von 30 bis 50 Millionen Schweizer Franken — ein ansehnlicher Betrag, weil er nur jene Überweisungen erfaßt, die nach dem nationalen Finanzausgleich zwischen den Firmen übrigbleiben.

Verglichen mit den Summen, die das Kartell seinen Mitgliedern durch die Ausschaltung des Wettbewerbs einbringt, sind selbst diese Millionen-Beträge bescheiden. Denn wenn erst einmal die Lage geklärt ist, unbequeme Außenseiter aus- und die Kartellfirmen gleichgeschaltet sind, läuft das Geschäft glänzend.

Gerade die Statistiken der Abschlüsse und Preise zählen deshalb zu den bestgeschützten Geheimnissen der Organisation. Aus gutem Grund: Dokumente belegen, daß die Preise hochgedrückt werden, sobald keine Außenseiterkonkurrenz droht und die Kartellabsprachen ziehen.

So zeigt eine interne IEA-Statistik der Sektion Transformatoren, daß bereits vor einem Dutzend Jahren die Preise am niedrigsten waren, wenn das Kartell ein „special arrangement“ abschloß, um mit Schleuderpreisen Außenseiterkonkurrenz zur Aufgabe zu zwingen. Mit Hilfe von Absprachen



diesen Typs vernichtete das Kartell zum Beispiel weite Teile der mittelständischen brasilianischen Elektroindustrie (SPIEGEL 48/1974).

Am höchsten waren die Preise dagegen, wenn — wegen eines kartellintern vereinbarten Verzichts der anderen — nur ein Anbieter auftrat. Zwischen diesen beiden Preisextremen liegen die beiden anderen Kartellfälle (siehe Graphik).

Wenn etwa das Kartell wegen divergierender Interessen vorübergehend außer Kraft gesetzt wurde (pool cancelled) und normaler Wettbewerb herrschte, lag der Preis etwa 20 Prozent unter dem normalen Kartellpreis.

Die Transformatoren-Abschlüsse zeigen überdies, wer das Kartell am deutlichsten zu spüren bekommt.

„Die Entwicklungsländer sind beim Kauf schwerer, von Kartellfirmen angebotener elektrischer Geräte eindeutig im Nachteil“, sagt Nationalökonom Newfarmer, der seit Jahren die Wechselbeziehungen zwischen Käufern aus Industrienationen untersucht.

Nach den Untersuchungen amerikanischer IEA-Experten liegt „der Preiseffekt, der dem Transformatoren-Kartell zugeschrieben werden kann, bei 15 bis 25 Prozent“, je nachdem wie ausgebildet der Einkäufer und wie scharf der Druck von Außenseiterkonkurrenz oder das Interesse anderer Kartellbrüder ist.

Wenn alle Sektionen des Kartells diese Raten erreichen, ist die mit einem Stab von rund einem Dutzend Mitarbeitern und einem Jahresbudget von

nur zwei Millionen Franken operierende Kartellzentrale wohl eine der lukrativsten Einrichtungen dieser Welt.

Der von IEA-Abkommen gedeckte Jahres-Auftragseingang liegt nach Ansicht der Kartellexperten Epstein und Newfarmer bei rund zwei Milliarden Dollar. Selbst wenn das Kartell nur dafür gut wäre, das Preisniveau um zehn Prozent zu liften, fällt für die Kartellierer ein Aufgeld von rund 200 Millionen Dollar ab.

Kein Staat, keine Behörde kann den Firmen diesen durch Wettbewerbsbeschränkung erzwungenen Sondergewinn nehmen. Das Kartell meidet jene Regionen, in denen Kartellämter lauern. Und im Rest der Welt gelten die IEA-Regeln uneingeschränkt.

PSYCHIATRIE

Vorgriff auf Orwell?

Eine neue Klinik für psychisch Kranke in Berlin wird nach dem Urteil von Wissenschaftlern wie ein Haus geraten, „wo Monster verwahrt“ und „wahre Sicherheitsorgien gefeiert“ werden.

Schon immer „skandalumwittert“ („Berliner Morgenpost“) ist die Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik im Berliner Bezirk Reinickendorf, mit knapp 2000 Betten die größte psychiatrische Anstalt der Stadt und unter Jung-Berlinern „Bonnie's Ranch“ genannt. Besonders skandalös ging es immer dann zu, wenn wieder einmal ein psychisch

kranker Strafgefangener aus dem „Haus 5“ entwichen war, etwa ein „Sex-Gangster“ („BZ“).

Nun haben sich im Auftrage des Senats neun Architektenbüros knapp neun Wochen lang um Entwürfe für ein neues „festes Haus“ gemüht. Pläne und Modelle sind seit drei Wochen beim Auftraggeber abgeliefert, und in dieser Woche soll ein Preisgericht über den Zuschlag für das 35-Millionen-Objekt entscheiden. Doch im Widerstreit zwischen reformerischen Forderungen, die Unterbringung Gemüts- und Nervenkranker zu verbessern, und der Angst, sich gelegentlich mit Skandal-Schlagzeilen auseinandersetzen zu müssen, scheint mustergültig Modellhaftes bereits vor Baubeginn verlorengegangen zu sein.

Während in Bonn die sozialdemokratische Gesundheitsministerin Antje Huber dafür plädiert, die Psychiatrie müsse endlich „humaner werden in unserem Lande“, entwickeln die in Berlin regierenden Genossen Vorstellungen, die nach dem Urteil der Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (BGSP) und deren Vorsitzenden Dr. Hans Wenzl auf „einen Hochsicherheitstrakt“ zielen.

In der Tat sind die Möglichkeiten der Architekten durch amtliche Auflagen stark begrenzt: Sicherheit geht dem Auslöser offenkundig vor Therapie und Rehabilitation im sogenannten Maßregelvollzug, obwohl — so der in der psychiatrischen Ambulanz des Universitäts-Klinikums tätige Wenzl — „gerade diese Patienten vorrangig therapiebedürftig“ seien und „nur zu einem Teil andere so gefährden“, daß scharfe Sicherheitsmethoden „zumindest verständlich“ wären.

Die Fenster der neuen Klinik sind auf Anweisung der Bau-Behörde „ausbruch- und pendelsicher“ in Panzerglas auszuführen. Außen soll ein „Wall-/Grabensystem“ mit einem fünf Meter breiten Sicherheitsstreifen angelegt werden, in dem ausschließlich „niedrigwachsende Pflanzen“ vorzusehen sind, „zwischen denen sich niemand verbergen kann“.

Eine 5,30 Meter hohe Mauer — achtzig Zentimeter höher als das in Berlin allgegenwärtige DDR-Modell — soll das zukünftige „feste Haus“ vom übrigen Klinikgelände trennen. Dabei ist die Begrenzung des geplanten Psycho-Knasts laut Ausschreibung „so auszubilden, daß sie sich... harmonisch in die Parklandschaft einfügt“. Im Innern sollen Flure und Türen durch Sichtkanzeln, Monitore und elektronische Schleusen permanent überwacht werden — nahezu ein Vorgriff aufs Orwell-Jahr 1984, in dem der Bau voraussichtlich in Betrieb genommen werden kann.

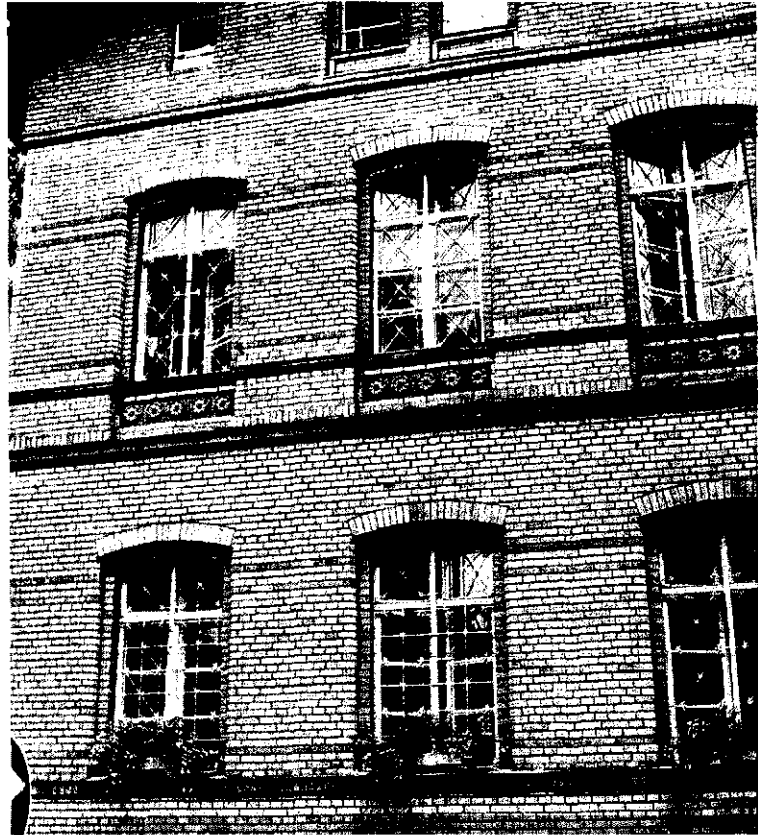
Schon jetzt scheint offensichtlich, daß mit so perfekter Abschirmung kaum jener Rückstand von zehn bis

fünfzehn Jahren aufzuholen ist, mit dem — wie unlängst im Bonner Parlament festgestellt — die Bundesrepublik hinter der psychiatrischen Versorgung der europäischen Nachbarn hinterhinkt. Die Niederländer beispielsweise räumen in ihren Kliniken für psychisch kranke Straftäter der Rehabilitation längst Vorrang vor der therapiearmen Verwahrung ein.

Bei Kranken, deren „Absonderung von der freien Gesellschaft für notwendig gehalten“ wird, so lauten etwa die Grundsätze der Van-der-Hoeven-Klinik in Utrecht, sind alle „schädlichen Nebenwirkungen einer Anstaltsaufnahme auf ein Mindestmaß“ zu beschränken. Diese Erkenntnis hat beispielsweise

hundertjährige „feste Haus“ des Landeskrankenhauses Düren ersetzt werden, in dem die Zustände ähnlich katastrophal sind wie auf „Bonnie's Ranch“ und „von einer therapeutischen Atmosphäre“, urteilt Gesundheitsreferent Rainer Kukla vom zuständigen Landschaftsverband Rheinland, „keine Rede sein kann“.

Doch wenigstens die Zukunftsmusik klingt therapiefreundlicher. Im Dürener Neubau — veranschlagte Kosten: 42 Millionen Mark für 120 Betten — soll „Freizügigkeit im Innern“ (Kukla) herrschen. Die Patienten werden in Gruppen zu je acht Mann in Einfamilienhäusern wohnen. Die dorfbähnliche Anlage soll sich um einen Platz grup-



Berliner Bonhoeffer-Nervenklinik: Sicherheit vor Therapie?

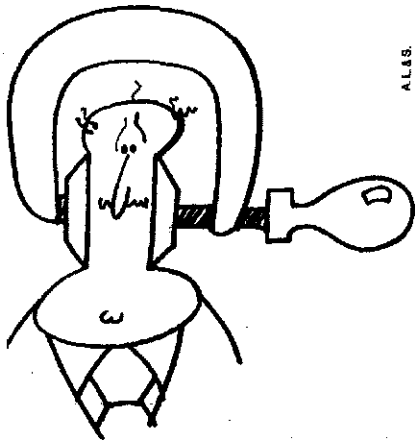
dazu geführt, daß in der 1975 eröffneten Klinik mit 90 Patienten ein Schwimmbad, eine Turnhalle, ein Judosaal Selbstverständlichkeiten sind — alles Einrichtungen, die ins Berliner Konzept teils erst gar keinen Eingang fanden, teils später wieder herausgestrichen wurden.

Zwar haben auch die Holländer in ihrer Musterklinik Vorkehrungen getroffen, um „einer impulsiven Flucht vorzubeugen“ — jedoch, so betont Direktorin Roosenburg, ohne „eine absolute Geschlossenheit anzustreben“.

In Nordrhein-Westfalen, wo immerhin fast tausend psychisch kranke Straftäter in den Landeskrankenhäusern einsitzen, wirkt das Beispiel des aufgeklärten Nachbarlandes nach. So soll in den nächsten Jahren das fast

pieren, an dem auch die medizinischen Einrichtungen liegen. Erst an der Peripherie des weitläufigen Geländes sind Sicherheitsanlagen vorgesehen.

Dagegen löste das rigide auf Abgrenzung getrimmte Berliner Modell auch bei den Architekten gelinde Skrupel aus, zumal die Gesundheitsverwalter sonst eher einer sozial orientierten Psychiatrie zuneigen. In einem von der Behörde veranstalteten anonymen „Rückfragenkolloquium“ rügten die Planer den „repressiven Charakter“ der Sicherheitsauflagen, mit denen ein therapeutisch sinnvolles „Kontakt halten“ und Öffnen nach außen baulich durchkreuzt werde. Bei den derzeitigen Vorgaben, sagt einer, könne am Ende ein „psychisches Folterinstrument“ herauskommen. Deutlich auch verdammt

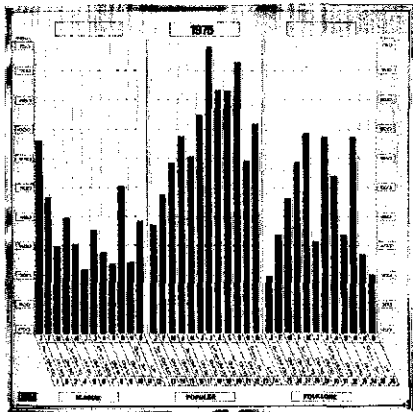


ALLES

Bevor man unter Druck gerät...

Überlassen Sie Ihre Termine, Ihre Planungen, Ihre Organisation, Ihre Kommunikation den Laufband-Diagrammen, den Magnet-Tafeln, den Flip-Charts, den Jahresplanern, den Pinboards, den weißen Tafeln „speedboards“ von planmaster. Dann können Sie Ihren Kopf zum Denken und zum Nachdenken und zum Weiterdenken benutzen. Und haben dennoch die Sicherheit, daß Ihnen überhaupt nichts schiefgehen kann.

Ein freier Kopf denkt eben besser.



Laufbanddiagramm Modell 1502

plan
MASTER
... aus dem Hause edding

Planen, organisieren und kommunizieren Sie mit System. Bitte fordern Sie unseren Katalog an.

Name _____

Straße _____

Ort _____

c. w. edding & co.

Postfach 1447

2070 Ahrensburg

Tel. 04102/40661-3



BGSP-Vorstand, Humanistische Union und andere Verbände in einem offenen Brief an den Gesundheitssenator den Ausschreibungstext, der „einem den Angstschweiß auf die Stirne treten“ lasse.

Und Professor Wilfried Rasch, Direktor des Berliner Universitäts-Instituts für Forensische Psychiatrie, kam nach Lektüre der Bedingungen zu dem Schluß, dem Bürger solle offenbar demonstriert werden, „wo und wie Monster verwahrt werden“. Damit aber, so Rasch, würden „kostbare Chancen für eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft vertan“. Der Wissenschaftler: „In dem Konzept werden statt dessen wahre Sicherheitsorgien gefeiert.“

Etwas kleinlaut räumt Dr. Ruth Mattheis, zuständige Abteilungsleiterin im Gesundheitsressort, inzwischen ein, die Sicherheitsgesichtspunkte seien „eben ganz massiv von der Justizverwaltung vertreten worden“. „Wir sind vom Knast her kompetent“, bestätigt ein Sprecher des FDP-Senators Gerhard Meyer diese Rolle seines Hauses, „und natürlich haben wir bei Gesundheit immer die Sicherheitsarie gesungen.“ Denn bei „mordsgefährlichen Leuten mit 'ner Macke“ setzten die einschlägigen Bestimmungen des Strafbuches eindeutige Prioritäten für den Maßregelvollzug: Sicherheit vor Besserung.

Der Justizsprecher irrt. Denn mit dem Zweiten Gesetz zur Reform des Strafrechts aus dem Jahre 1975 wurde diese Rangfolge umgekehrt. Und seitdem sind die einschlägigen Paragraphen mit dem Titel „Maßregeln der Besserung und Sicherung“ überschrieben — gültig auch für Berlin.

LUFTFAHRT

Erbitterter Widerstand

Die Lufthansa möchte einen Mann im Cockpit des neuen Airbus einsparen. Die Piloten drohen mit Gegenmaßnahmen.

Ein drohenden Arbeitskampf der Piloten hatte Lufthansa-Personal-Vorstand Gerhard Frühe gerade abgebogen, da überfiel ihn eine böse Ahnung: „Die Grundkonflikte sind nach wie vor vorhanden.“

Das war vor acht Monaten, als die Flugzeugführer streiken wollten, weil sich ihre Aufstiegschancen verschlechtern sollten. Jetzt sieht sich Frühe in seiner Ahnung bestätigt: Es geht schon wieder um Grundsätzliches.

Die Piloten, so die Vereinigung Cockpit e. V., sind „entsetzt und empört“, daß „eine Jahrhundert-Entscheidung“ an ihnen vorbei gefällt wurde: Das Lufthansa-Management möchte am Personal in der Airbus-Kanzel sparen.

Die Lufthansa will die kleinere Version des europäischen Flugzeuges, den A 310, mit einem völlig neuen Cockpit liefern lassen. Und das könnte heißen: Den A 310 sollen in naher Zukunft nur noch zwei Mann lenken und kontrollieren.

Bisher sah das Cockpit des Airbus so wie bei allen anderen Mittel- und Langstreckenjets aus: Vorn links sitzt der Flugkapitän, rechts daneben sein Kopilot. Der Platz des Flugingenieurs ist hinter dem Kopilotensitz — mit Blick auf die Instrumente an der rechten Cockpit-Wand.

In dem neuen Airbus soll nach den Vorstellungen der Lufthansa der Flug-



Airbus-Cockpit: Zu viele Schalter auf kleinstem Raum